

60 französische Parlamentarier im Visier des Fiskus

Vermögens-Offenlegungsgesetz sorgt für peinliche Enthüllung / Heikles Zusammentreffen mit Überlebenskampf der sozialliberalen SP-Staatsführung

AUS PARIS
DANNY LEDER

šPhobie administrativeö (Behörden-Phobie) ó diese neue Krankheitsdiagnose ist in Frankreich zum geflügelten Wort geworden, nachdem sie von Thomas Thévenoud, einem wegen Steuersünden gestrauchelten SP-Politiker, als Entschuldigung ins Treffen geführt wurde. Thévenoud musste Anfang September, nur neun Tage nach seiner Nominierung zum Staatssekretär für Außenhandel, wieder zurücktreten. In der Zwischenzeit war bekannt geworden war, dass er als Abgeordneter und Mitglied der Kommission zur Bekämpfung von Steuerbetrug, selber den Fiskus jahrelang hintergangen hatte. Obendrein hatte Thévenoud die Zahlung seiner Wohnungsmiete, Stromrechnungen und Honorare für Heilmassagen schleifen lassen.

Thévenoud, der aus der SP ausgeschlossen wurde, sich aber immer noch an sein Parlamentsmandat klammert, steht ab sofort nicht mehr alleine da: 60 weitere Parlamentarier haben Probleme mit der Steuer, berichtet das Enthüllermagazin š*Canard enchainé*ö. Das seien šnur sechs Prozentö der insgesamt 925 Angehörigen der Nationalversammlung und des Senats (das Oberhaus), wie der Präsident der Nationalversammlung beschwichtigend konstatierte. Aber der Eindruck ist verheerend.

Zwar geht es bei einigen der 60 Fälle nur um geringfügige Differenzen mit dem Fiskus, wie sie in Frankreich, wo es keine Quellensteuer gibt, geläufig sind. Aber in anderen Fällen handle es sich laut š*Canard enchainé*ö um šmassiven Steuerbetrugö. Präsident Francois Hollande habe gegenüber Vertrauten das šunglaubliche Vermögenö einiger der Betroffenen erwogen und Sorge über die über die Wirkung dieser Enthüllungen geäußert.

Diese Affären erfolgen zu einem besonders heiklen Zeitpunkt für die angeschlagene SP-Staatsführung. Auch einkommensschwächere Teile der Mittelschichten hatte zuletzt Steuererhöhungen ungeahnten Ausmaßes zu verkraften. In Steuerämtern hatten sich Zwischenfälle gehäuft, als Steuerzahler um Aufschub oder Stundung ansuchten. Bittsteller ätzten, sie würden auch unter šPhobie administrativeö leiden. Dazu kommen scharfe Sparmaßnahmen, die von einer wachsenden Zahl von linken SP-Parlamentariern abgelehnt werden. Resultat: während der laufenden Budgetdebatte wird jede Abstimmung zur Zitterpartie für die SP-Regierung.

Die Regierung unter Premier Manuel Valls beharrt jetzt aber erst recht auf ihrem sozialliberalen Kurs und ihren Unternehmer-freundlichen Vorstößen wie etwa der Lockerung des Arbeitsrechts und dem sonntäglichen Öffnungsverbot im Handel. Der neue Wirtschaftsminister Emmanuel Macron, ein forscher Ex-Banker, will streng reglementierte Berufsgruppen wie Anwälte, Notare oder Apotheker aufmischen. Das sorgt zwar für heftige Proteste, Macron kommt aber laut Umfragen in der Bevölkerung damit gut an.

Es ist auch nicht ausgemacht, dass der Steuerskandal im Parlament vorwiegend gegen die SP-Regierung und Hollande durchschlägt, zumal Oppositionspolitiker bis hin zum Rechtstribun Jean-Marie Le Pen in Steueraffären waten. Außerdem sind die jetzigen

Enthüllungen das Ergebnis eines Gesetzes, das Hollande durchsetzte, und das die Abgeordneten erstmals zur kompletten Offenlegung ihrer Finanzen zwingt.